

Groupe Suisse–Solidarité internationale

Co-Präsidium/Co-présidence:

Chiara Simoneschi-Cortesi, Conseillère nationale, 6949 Comano; **Remo Gysin**, Nationalrat, 4051 Basel

Sekretariat/Secrétariat:

Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas/Heks
Communauté de travail Swissaid/Action de Carême/Pain pour le prochain/Helvetas/Caritas/Eper

Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern; Tel. 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31

Medienmitteilung

Bern, 17. Juni 2005

ParlamentarierInnen aus allen Parteien fordern vom Bundesrat einen Kurswechsel bei den Millenniumszielen

Nein zum entwicklungspolitischen Alleingang

Nationalrätinnen und Nationalräte von SVP, FDP, CVP, SP und den Grünen fordern den Bundesrat auf, die Entwicklungshilfe mittelfristig zu erhöhen und sich aktiv an den Diskussionen über internationale Steuern zur Entwicklungsfinanzierung zu beteiligen. International werde eine engagierte Debatte über die Verstärkung der Entwicklungsanstrengungen geführt. Bleibe der Bundesrat bei seiner ablehnenden Haltung, drohe sich die Schweiz international zu isolieren. Anfang Juli wird die G-8 in Schottland, im September der Uno-Sondergipfel in New York neue Massnahmen beschliessen, um die weltweite Armut stärker zu bekämpfen.

Andere Industriestaaten erhöhen ihre Entwicklungsausgaben, beschliessen neue Schuldenerlasse und arbeiten Vorschläge für globale Steuern zur Finanzierung der Armutsbekämpfung aus, erklärte Nationalrat Remo Gysin (SP/BS) namens der parlamentarischen „Groupe Suisse–Solidarité internationale“ vor den Medien. In scharfem Kontrast dazu stehe die Haltung einer Mehrheit des Schweizer Bundesrats. Sie handle nach der Devise „Die Armen können warten, wir müssen sparen“. Es sei nicht akzeptabel, wenn – wie an der Bundesratsklausur über Aussenpolitik im Mai beschlossen – die Entwicklungshilfe der Schweiz eingefroren und Diskussionen über neue Einnahmequellen (globale Steuern) grundsätzlich abgelehnt werden.

International herrsche heute Konsens, dass die Millennium-Entwicklungsziele nur zu erreichen sind, wenn alle Staaten ihre Anstrengungen verstärken, sagte Nationalrätin Chiara Simoneschi-Cortesi. Das verpflichte auch die Schweiz. Die Entwicklungsziele waren vom Uno-Millenniumsgipfel (2000) einstimmig verabschiedet worden. Sie wollen bis 2015 die Zahl der in schlimmster Armut lebenden Menschen halbieren und den Zugang zu Wasser, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen massiv ausbauen. Im September wird ein Uno-Sondergipfel die bisherige Umsetzung bilanzieren und neue Massnahmen beschliessen.

Mit verschiedenen Eingaben, Gesprächen und einer Debatte in der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats wollen ParlamentarierInnen aus SVP, FDP, CVP, SP und den Grünen den Bundesrat zu einer Kursänderung bewegen. Eine von Remo Gysin eingereichte, breit abgestützte Interpellation fragt, ob der Bundesrat im Verhandlungsmandat

für den Uno-Sondergipfel ein neues Prozentziel zur Erhöhung der Entwicklungshilfe aufzunehmen bereit sei. Der Bundesrat solle sich dabei an den Vorgaben der EU bzw. der Uno orientieren (0,7% des Bruttoinlandprodukts bis 2015). Weiter soll sich der Bundesrat aktiv an den Diskussionen über mögliche globale Steuern zur Entwicklungsfinanzierung beteiligen.

Die Tessiner CVP-Nationalrätin Chiara Simoneschi verlangt in einer Interpellation Auskunft über die neu beschlossene Einberechnung der Asylausgaben in die Entwicklungshilfe und die diesbezügliche Praxis und Anteile in anderen Ländern. Mit dieser Neuberechnung erreichte die Schweiz bereits letztes Jahr ihr bisheriges Ziel von 0,4% des Bruttoinlandprodukts, ohne auch nur einen Franken mehr in die Entwicklungshilfe zu stecken, kritisierte Simoneschi. Mit zwei Interpellationen weist die Grüne Fraktion zudem auf den engen Zusammenhang zwischen Armutsbekämpfung und Menschenrechten bzw. Umweltschutz hin. Alle Menschen hätten Anrecht auf ein Leben in Würde, erklärte Fraktionschefin Cécile Bühlmann (GP/LU); dieses Recht werde aber durch die Privatisierung von Grundversorgungen wie Wasser in Frage gestellt. Die sich verschärfenden Umweltprobleme träfen zuallererst die Ärmsten dieser Welt; umgekehrt sei ohne wirksame Armutsbekämpfung kein grifffiger Umweltschutz möglich.

Brigitta Gadiant (SVP/GR) schliesslich forderte den Bundesrat auf, eine Millenniums-Informationskampagne zu starten, um die Bevölkerung für die Probleme der armen Länder zu sensibilisieren.

In der Parlamentsgruppe „Groupe Suisse–Solidarité internationale“ sind 55 National- und StänderatInnen aller Parteien zusammengeschlossen. Das Co-Präsidium teilen sich Chiara Simoneschi (CVP) und Remo Gysin (SP).

Weitere Auskünfte:

Chiara Simoneschi, Tel. 076 380 21 46

Remo Gysin, Tel. 079 756 68 36